

Grünes Bildungspaket statt CSU-Bildungspäckchen

Grüner Investitionsplan für Bildung und Schule zum Schuljahresbeginn

Der Staatshaushalt wächst und wächst. Von 2011 bis 2018 steigen die Ausgaben Bayerns um 41 Prozent. Dieses Wachstum kommt aber nur in geringem Maße in der Bildungspolitik an. Zum Vergleich: Die Ausgaben für Bildung und Kultur sind im selben Zeitraum nur um 26 Prozent gewachsen, die Ausgaben für Subventionen an Unternehmen aber um 36 Prozent, für den Straßenbau um 38 Prozent.

Weil sich die CSU-Fraktion mit der Entscheidung zum G 9 so schwer tat, gibt es das CSU-Bildungspäckchen. Alle Mittel für das G 9 aufzuwenden, das ließ sich nicht vermitteln, deshalb musste „auch für die anderen Schulen was abfallen“. Schaut man sich die Zahlen des CSU-Beschlusses genauer an, insbesondere für wann die Mittel versprochen sind und wann sie an den Schulen „ankommen“ sollen, dann muss von einem CSU-Bildungspäckchen gesprochen werden. Denn für diese Legislaturperiode bleibt wenig übrig. Von den rund 2.000 Stellen, die jetzt auch Minister Spaenle in Aussicht stellt, sind 1500 ungesicherte Schecks auf die Zukunft. Lediglich 500 werden im Nachtragshaushalt verankert und kommen dann erst zum Schuljahr 2018/19 an die Schulen. Ihre Verteilung mit der Gießkanne führt dazu, dass an den einzelnen Schulen wenig ankommen wird.

Schließlich: Wenn Spaenle immer von einem „kontinuierlichen Stellenzuwachs“ redet, muss außerdem beachtet werden, dass aufgrund der Arbeitszeitverlängerung im Zeitraum 2012 und 2013 1.334 Stellen wieder geschaffen wurden.

Bereich	Stellen	Was tatsächlich ankommt
Stärkung der Förderschulen	50	Nur ca. jede dritte Schule der rund 160 staatlichen Förderzentren und Schulen für Kranke bekommt eine Lehrkraft mehr.
Ausbau der Mobilen Reserve an den Grund- und Mittelschulen	50	Bei einer Pflichtstundenzahl von 27 bzw. 28 Stunden stehen den Staatlichen Schulämtern der rund 2.250 Grundschulen und ca. 890 Mittelschulen derzeit rund 2.180 Lehrkräfte zur Verfügung. Auch bei dann 2.235 Lehrkräften, kann der Ausfall durch Krankheit und Schwangerschaft bei 3.140 Schulen nicht aufgefangen werden. Nicht mal jede Schule verfügt rechnerisch über eine mobile Reserve.

Integrierte Lehrkräftereserve an Realschulen	50	Erst seit dem Schuljahr 2013/14 steht den staatlichen Realschulen und Gymnasien eine integrierte Lehrerreserve zur Verfügung. „Damit kann eine durchschnittlich große Schule über etwa 10 Lehrerwochenstunden zusätzlich verfügen“ (Kultusministerium). Bei 24-28 Pflichtstunden an Realschulen wären dies zusätzlich nur ca. 5 Stunden mehr pro Realschule (ca. 240 staatliche).
Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen und Beruflichen Oberschulen	50	Nur jede fünfte Schule der ca. 120 staatlichen Berufsschulen und staatlichen 125 FOS/BOS bekommt eine Lehrkraft mehr. Die Berufsschulen sind seit Jahren unterfinanziert, können im Schnitt nur 92 Prozent der Unterrichtsversorgung abdecken.
Mehr Leitungszeit für Schulleitungen aller Schularten außer Gymnasium	150	Bei 8.000 staatliche Schulen kommen jeder Schulleitung nur 5 Minuten mehr zugute.
Schulverwaltung über alle Schularten	150	Für 8.320 staatliche allgemeinbildende und berufliche Schulen hieße das: nur jede 55ste Schule profitiert im Schnitt von einer ganzen Verwaltungskraft
Digitalisierung an Berufsschulen	--	Im Rahmen des Förderprogramms „Industrie 4.0“ sollen bis Ende 2018 ca. 16 Modellschulen mit insgesamt 2 Millionen Euro gefördert werden

➤ **in der Summe umgerechnet ca. 32 Millionen Euro**

Das Ende der sogenannten demographischen Rendite

Bisher hat sich die CSU-Regierung darauf verlassen, dass die Schülerzahlen sinken und damit – so die Argumentation – Lehrerstellen rechnerisch „frei werden“. Diese sogenannte „demographische Rendite“ jedoch schwindet. Denn die Schülerzahlen steigen wieder, dies macht auch eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2017 deutlich. Das heißt: Die „Geschäftsgrundlage“ der Bildungsfinanzierung der letzten Jahre existiert nicht mehr.

Wir müssen die Herausforderungen in der Bildungspolitik jetzt angehen und dafür muss die Personalpolitik vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Schluss mit dem Hangeln von Notmaßnahme zu Notmaßnahme. Um derartig drastische Engpässe bei der Unterrichtsversorgung wie im Schuljahr 2016/17 zu vermeiden, muss eine 110-

prozentige Lehrkräfteversorgung aufgebaut und sichergestellt werden. Nur so können Ausfälle durch Krankheit, Schwangerschaften und Fortbildungen überbrückt werden und zwar an den Schulen vor Ort. Haushaltspolitisch brauchen wir ein Umdenken: Neuinvestitionen anstelle der „demographischen Rendite.“

Ein zweites Problem kommt hinzu: Für die Schularten, die zusätzliche Lehrkräfte brauchen, fehlen die ausgebildeten Lehrkräfte. Dagegen haben Lehramtsabsolventen für Realschulen und Gymnasien eine geringe Einstellungsquote. Daher müssen verstärkt die vielen qualifizierten, arbeitslosen Junglehrkräfte aus dem Bereich der Realschulen und Gymnasien an Grund-, Mittel- und Berufsschulen eingesetzt und entsprechend qualifiziert werden.

Grünes Bildungspaket

Wir investieren in die Schule der Zukunft: Wir investieren in Schulhäuser, in Technik und in Menschen. Die Gebäude müssen entweder saniert oder neu gebaut werden, die Ausstattung der Schulen und die Lehrmittel müssen für die Digitalisierung modernisiert werden und die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler müssen verlässlich und pädagogisch auf dem neuesten Stand sein.

Konkret: Die Schulen brauchen genügend, ausgebildete und zum Teil spezialisierte Lehrkräfte, die für die Zukunftsaufgaben fortgebildet werden. In Zeiten guter Steuereinnahmen müssen wir jetzt in Bildung investieren. Unser Bildungspaket enthält nur Maßnahmen, die in diesem Nachtragshaushalt finanziert und auch gerechnet sind.

1. Mehr Platz für Bildung

Wir legen ein Finanzierungsprogramm für den Neubau von Schulbauten auf, damit die Bemessungsgrenze 2 qm pro SchülerIn für den Zuschuss an die Kommunen für Schulneubauten erhöht wird. Moderne Lernformen brauchen Raum („dritter Pädagoge“), etwa um Lernlandschaften oder Gruppenarbeit zu ermöglichen, auch für die Förderung im Rahmen der Inklusion ist der Platzbedarf größer. Wir wollen die Förderrichtlinien ändern, denn derzeit gilt: „Neue Straßen werden breiter, neue Klassenzimmer werden kleiner.“

2. Schulgebäude zum Wohlfühlen

Schule ist der Lebensraum für Schülerinnen und Schüler über einen Großteil des Tages. Wir gehen gegen den Sanierungsstau vor und legen ein Finanzierungsprogramm für die Sanierung von Schulbauten vor.

3. Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Der zusätzliche Deutschunterricht und die Sprachförderung müssen an den Schulen als Daueraufgabe verankert werden:

- Faire Verträge für Deutschlehrkräfte, beispielsweise in Flüchtlingsklassen
- Lehrkräfte (Deutsch als Zweitsprache) in jedes Kollegium mit Zusatzstunden zur Sprachbegleitung

4. Zweite Lehrkräfte

Für Inklusion, Integration und individuelle Förderung muss eine zweite Lehrkraft im Klassenzimmer sein. Alle reden davon: Wir schaffen endlich einen Haushaltstitel/Topf im Etat des Kultusministeriums mit Mitteln für HeilpädagogInnen, sonderpädagogischen AssistentInnen, IntegrationshelferInnen und Förderlehrkräfte.

5. Digitalisierung

Wir bereiten Schulen auf die Digitalisierung vor:

- Landesmittel für NetzbetreuerInnen an Schulen
- Schulen fit machen durch Breitbandanschluss und Ausstattung
- Ausstattung für Berufliche Schulen (Industrie 4.0)

6. Leitungszeit für Schulleitung

Wir wollen Schulleitungen mit mehr „Anrechnungsstunden“ mehr Zeit für Schulleitungsaufgaben geben. Schwerpunkt dieses Programms sind Mittelschulen und Schulen mit besonderen Anforderungen (Ganztag, hoher Migrationsanteil, sozialer Brennpunkt).

7. Stabile Unterrichtsversorgung

Im Nachtragshaushalt installieren wir die erste Stufe eines Stufenplans zur 110-prozentigen Unterrichtsversorgung an allen Schulen. Dadurch können Schulen Unterrichtsausfälle durch Krankheit oder Fortbildung schneller und besser ausgleichen.

8. Offensive für Lehrerbildung

Um die Lehrkräfte auf Digitalisierung, Integration, Inklusion und individuelle Förderung vorzubereiten, brauchen sie mehr Fortbildung. Wir werden den Etat für Lehrerfortbildung deutlich erhöhen.

Bereich	Euro Mio.
Lebensraum Schule: Mehr Platz für Schüler	50,0
Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren	50,0
Bildung in der Einwanderungsgesellschaft / Sonderprogramm Sprache	10,0
Zweitlehrkräfte möglich machen	10,0
Digitalisierung / Schule und Berufsschule 4.0	30,0
Mehr Leitungszeit für SchuldirektorInnen	15,0
Unterrichtsversorgung plus an Schulen und Berufsschulen	40,0
Fortbildung Lehrkräfte	10,0
Summe	215,0

Vergleich der Investitionen

CSU-Regierung	GRÜNE
32 Millionen Euro	215 Millionen Euro